

- [Bericht von der 72. Sitzung der Pfarrerkommission, \(Johannes Schuster, Pfarrer in Wertingen\)](#)
 - [Effizient, erfolgreich, entschlossfreudig, \(Achim Schmid, epd-Redakteur, München\)](#)
 - [Konservative Revolution, \(Günter Unger, Pfarrer in München\)](#)
 - [E-Mail, \(Johannes Taig, Pfarrer in Hof, Internetbeauftragter im Dekanat Hof\)](#)
-

Bericht von der 72. Sitzung der Pfarrerkommission

Johannes Schuster, Pfarrer in Wertingen

Die 72. Sitzung der Pfarrerkommission fand Ende Februar statt. Breiten Raum nahm die Finanzaffäre in München und die daraus zu ziehenden Konsequenzen ein. Weitere Themen waren die Pfarrstellenbesetzungsordnung, die Dienstwohnung und Unklarheiten in der Pfarrer-Urlaubs-Verordnung.

Gabenkasse

Durch die Berichterstattung über die Vorgänge in München ist die Gabenkasse wieder einmal in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Das offene Misstrauen dieser Einrichtung gegenüber und die Gleichsetzung mit einer schwarzen Kasse für Pfarrerinnen und Pfarrer hat der Pfarrerkommission zu denken gegeben. Das Bild der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Öffentlichkeit wird dadurch geschädigt. So gab es die Überlegung, die Gabenkasse so weitgehend wie möglich in den Gemeindehaushalt zu überführen. Die Pfarrerkommission weist daraufhin, dass es bereits jetzt schon möglich ist, bis auf die Mittel zur freien Verfügung alle übrige Posten über den Haushalt der Kirchengemeinde laufen zu lassen. So könnte der Verdacht des Misstrauens gegenüber Pfarrerinnen und Pfarrer vermieden werden.

Insgesamt wäre es sinnvoll, die kaufmännische Buchführung einzuführen und sich von der Kameralistik zu trennen. Für die kaufmännische Buchführung könnten qualifizierte Personen vor Ort angestellt werden. Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass die kirchlichen Programme häufig nicht kompatibel sind mit den gängigsten kaufmännischen Buchungs-Programmen.

OKR Dr. Böttcher hält die Gabenkassen-Richtlinien für ausreichend. Zur Zeit wird ein Computerprogramm aus Hannover geprüft, das die Gabenkassen-Verwaltung erleichtern soll. Das kirchliche Rechenzentrum, das die Betreuung dieses Computerprogrammes übernehmen soll, ist aber gegen die Einführung anderer Programme als seiner eigenen.

Von Seiten des Landeskirchenamtes wird verstärkt das Gespräch mit den Dekaninnen und Dekanen gesucht, damit gründlicher als bisher die Prüfung der Gabenkassen durchgeführt wird.

In den meisten Punkten sind sich die Vertreter des Landeskirchenamtes und der Pfarrerkommission einig.

Kirchengemeindeamt in München

Die Pfarrerkommission befürchtet, dass die getroffenen personellen Konsequenzen nicht ausreichend sind. Dekan Dr. Ruhwandl allein für die Affäre verantwortlich zu machen, kann in der Öffentlichkeit zu dem Urteil führen: "Die Kleinen hängt man und die Grossen lässt man laufen." Wichtig für die Zukunft ist es, die Strukturen so zu verändern, dass die Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Es wurde von Seiten des Landeskirchenamtes betont, dass Konsequenzen aus der Affäre

gezogen werden. Durch die Neustrukturierung des Dekanatsbezirkes München verspricht man sich einen positiven Effekt. Eine eindeutigerer Regelung muss im Bezug auf den Umgang mit den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes gefunden werden. Auch in der Fort- und Weiterbildung der Pfarrerinnen und Pfarrer soll das Thema "Finanzverwaltung" eine erheblich grössere Rolle spielen. Für das Anforderungsprofil von Dekaninnen und Dekanen und deren Fortbildung ergeben sich auch Konsequenzen. Die Landessynode in Bad Alexandersbad hat nun unmissverständlich beschlossen, dass der Regionalbischof die Dienstaufsicht über die Dekaninnen und Dekane in seinem Kirchenkreis inne hat. Es wird zur Zeit viel Papier produziert und die Kontrolle auf allen Ebenen soll verstärkt werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Strukturen tatsächlich verändert werden und das Weiterschieben der Verantwortung bzw. die Unzuständigkeit ein Ende haben wird. Der Landessynode soll im Herbst 2001 ein neuer Entwurf für die Dekanatsbezirksordnung und die Kirchengemeindeordnung vorgelegt werden, mit dem Ziel einer Straffung und Vereinfachung.

Ein weiterer Gesichtspunkt der Finanzaffäre ist eine ganz neue Bewertung von Verwaltung in der Kirche. Das Handlungsfeld 10 im Landesstellenplan wurde von der Synode deutlich unterbewertet. Eine Veränderung hin zu einer funktionstüchtigen Verwaltung in allen Bereichen benötigt qualifizierteres und damit teureres Personal und somit weitere Mittel. Ein weiteres Defizit ist angesichts der Münchner Zustände aufgefallen. Es gibt in der Kirche keine formale Regelung bei Beschwerden. Zwischen Denunziation und Stillschweigen muss es noch andere Möglichkeiten der Personalführung geben, um Missstände zu beseitigen.

Arbeit der Verwaltungsstellen

Die Arbeit der kirchlichen Verwaltungsstellen in Bayern ist von ganz unterschiedlicher Qualität. So ist es einigen Verwaltungsstellen nicht möglich, die Jahresrechnung der Kirchengemeinden bis Juni des folgenden Jahres zu erstellen. Alle 3 - 5 Jahre sollte das Rechnungsprüfungsamt eine Prüfung der Jahresrechnungen durchführen. Das geschieht in der Praxis so oft nicht.

Derzeit werden sogar die Rechnungen der Verwaltungsstellen und Kirchengemeindeämter durch das Rechnungsprüfungsamt erst fünf Jahre später geprüft. Die Pfarrerkommission hält diese verzögerte Prüfung der Jahresrechnungen für nicht hinnehmbar. Auch der Landeskirchenrat hat sich zum Ziel gesetzt, die Jahresrechnungen aller Gesamtkirchengemeinden zeitnah und möglichst jährlich überprüfen zu lassen.

Änderungen des Pfarrergesetzes

Die recht umstrittene sogenannte "Zehn-Jahres-Frist" soll erst der Herbst-Synode in eine halben Jahr vorgelegt werden. Anscheinend sieht der Landeskirchenrat angesichts der Proteste der Pfarrerkommission noch weiteren Beratungsbedarf. So ist die Frage nicht unumstritten, ob ein Pfarrer "grundsätzlich" nach 10 Jahren Amtszeit auf einer Pfarrstelle wechseln muss. Ein weiterer strittiger Punkt ist die 2/3 Mehrheits-Regelung mit der der Kirchenvorstand für einen Pfarrstellenwechsel votieren kann.

Die übrigen Änderungen beziehen sich meist auf den Probendienst. So soll die Probezeit auf exakt drei Jahre festgeschrieben werden. Eine Verlängerung der Probezeit soll nur noch bei Zweifeln an der Eignung bis maximal zwei Jahren möglich sein. Die bestehende Praxis, dass Pfarrer z.A. bis zu sieben Jahre im Status des Probendienstes tätig sind, wird damit abgeschafft. Bei der Beurteilung soll die Bewertung "Noch geeignet" wegfallen und so bleibt ein dreistufiges Bewertungsschema übrig mit "Besonders geeignet"; "Geeignet" und "Nicht geeignet". Eine weitere Verschärfung bringt die Formulierung in Art. 18a (4) PfG. Der Landeskirchenrat muss die persönlichen Verhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer nicht mehr berücksichtigen, sondern sie nur noch beachten. Der neue Entwurf sieht auch vor, dass eine Pfarrerin / ein Pfarrer z.A. sich innerhalb von zwei Jahren nach Verleihung der

Bewerbungsfähigkeit beworben haben muss. (Aufhebung des Ausschlusses von § 18 (2) Nr. 3. PFG)

Teildienst

Wie bereits angekündigt wird es ab dem 1.9.2000 Stellenteiler-Ehepaaren, die sich seit zehn Jahren eine Stelle teilen, möglich sein, sich jeweils auf eine ganze Stelle zu bewerben. Ein Theologenehepaar kann sich also nach zehn Jahren gemeinsamen Dienstes auf zwei volle Stellen bewerben und dann das Doppelte verdienen. Es soll dabei keine Rolle spielen, wie das Ehepaar sich die Arbeit geteilt hat, ob beide jeweils einen halben Dienstauftrag inne hatten oder ob eine ein 100 % Dienstverhältnis inne hatte und der andere sich um Kinder und Haushalt gekümmert hat.

Teilen mit Partner in Wirtschaft

Diese Regelung gilt natürlich analog auch für alle Teildienstlerinnen / Teildienstler, die einen Partner haben, der ausserhalb der Evangelischen Kirche beschäftigt ist.

Pfarrstellenbesetzungsordnung

Die bedeutsamste Änderung ist der Wegfall des Dienstzeugnisses. Das Zeugnis wurde meist von den Referenten in der Personalabteilung auf Grund der Personalakte erstellt, ohne dass diese die Kandidatin / den Kandidaten selbst gekannt haben. Die Pfarrerkommission stimmt dem Wegfall zu und bittet darum, nach angemessener Zeit die neue Regelung noch einmal zu überprüfen.

Durch diese Änderung gewinnt das Bewerbungsschreiben eine grössere Bedeutung. Der Pfarrer- und Pfarrerrinnenverein hat bereits ein Bewerbungs-Seminar mit Erfolg durchgeführt. Weitere Seminare sind geplant und werden folgen.

In diesem Zusammenhang hat die Pfarrerkommission darauf hingewiesen, dass teilweise in Bewerbungsverfahren die Standards nicht eingehalten werden. Das Bewerbungsschreiben sollte an den Kirchenvorstand bzw. das Wahlgremium ausgehändigt werden und nach der Sitzung aus Datenschutz-Gründen wieder eingesammelt und vernichtet werden.

Dienstwohnung

Die staatliche Regelung für Dienstwohnungen stellt die Dienstwohnungsnehmerinnen und -nehmer eindeutig besser als die kirchliche. Es ist für die Pfarrerkommission ärgerlich, dass immer nur dann auf die staatlichen Regelungen verwiesen wird, wenn es um Kürzungen geht. Bei Verbesserungen werden die staatlichen Vorgaben einfach nicht beachtet und ignoriert. Angesichts der momentanen Entwicklungen ist das Wohnen in Dienstwohnungen immer schwerer zu vermitteln. Seit einiger Zeit werden praktisch jährlich die Dienstwohnungsnehmerinnen und -nehmer mit neuen Gebühren, Steuern und sonstigen Kosten belastet. Die geplante Beteiligung der Pfarrerrinnen und Pfarrer bei Kleinstreparaturen ist das neueste Beispiel in dieser Reihe. Wenn die Bedeutung des Pfarrhauses erhalten werden soll, dann muss diese Entwicklung endlich gestoppt werden.

Die besoldungsmässige Bewertung von Dienstwohnungen ist für die Pfarrerkommission von grosser Bedeutung. Dieses wichtige Thema soll deshalb in einer Sondersitzung der Pfarrerkommission behandelt werden.

Pfründestiftung

Die Pfarrerkommission hat sich vorgenommen, die Verwaltung des Pfründestiftungsvermögen ein wenig genauer in Augenschein zu nehmen. Anlass waren Überlegungen zur Verbesserung der Erträge aus diesen Vermögenswerten. Am Anfang stand die Frage nach der Legitimität der Pfarrerkommission, sich für diesen Bereich der Landeskirche zu interessieren. Die Pfründestiftungen haben die Aufgabe, zur Finanzierung

der Pfarrersgehälter beizutragen. Die Pfarrerkommission versteht sich neben der allgemeinkirchlichen Verantwortung als Vertretung der Pfründner.

Die Folge von unserem Interesse war ein langer und sehr ausführlicher Vortrag über die historische Grundlegung und rechtliche Konstruktion des Pfründestiftungsverbandes. Die Pfarrerkommission möchte sich dennoch weiter mit diesem Thema beschäftigen.

Urlaubsverordnung

Die Auslegung der neuen Urlaubsverordnung scheint von Dekanat zu Dekanat recht unterschiedlich auszufallen. Unklarheiten bestehen besonders bei den Weihnachtsfeiertagen vom 24.12. - 6.1. Die Pfarrerkommission fordert den Landeskirchenrat auf, folgende Regelung umzusetzen: Für jeden Feiertag, an dem Dienst geleistet wird, gibt es einen freien Tag. Diese Regelung entspricht auch der Systematik der übrigen Verordnung. Der 24.12. und der 31.12. zählen dabei als halbe Feiertage und der Buss- und Betttag als ganzer Feiertag. Mit dieser eindeutigen Regelung könnten alle Unklarheiten beseitigt werden.

Ungeklärt ist ebenfalls die Frage, wie mit den Feiertagen zu verfahren ist, die nicht auf einen Sonntag fallen, während man Urlaub hat. Als Kalendertage gehen diese Tage im Urlaub auf, während alle, die im Dienst sind, frei haben oder sich den Anspruch auf einen weiteren freien Tag erwerben. Die Pfarrerkommission bittet den Landeskirchenrat um einen Vorschlag für eine klare Regelung.

Eingruppierung der Theologischen Referenten

Die Pfarrerkommission hat trotz wiederholten Anfragen noch immer keine Liste über die Besoldung der theologischen Referentinnen und Referenten im Landeskirchenamt vorliegen. Die Suche nach Kriterien ist anscheinend auch im Landeskirchenamt noch nicht abgeschlossen und die Eingruppierung scheint relativ zufällig zwischen A 13 und A 15 zu liegen. Einige Besoldungsentscheidungen wurden wohl ad personam getroffen und bei den dann nachfolgenden Stelleninhaberinnen bzw. -inhabern einfach fortgeschrieben. Problematisch sieht die Pfarrerkommission die Tatsache, dass Referentinnen und Referenten mit der Gehaltsstufe A 15 nur noch in der Diakonie oder als Dekane eingesetzt werden können, falls sie das Landeskirchenamt verlassen.

Kilometergrenze bei Dienstfahrten

Ein ständiges Ärgernis ist die Kilometerbegrenzung. Sie sollte endlich aufgehoben werden. In der Praxis ist sie kaum handhabbar und Fahrtenbücher sind nur sehr schwer kontrollierbar.
Johannes Schuster, Pfarrer in Wertingen

[TOP](#)

Effizient, erfolgreich, entschlossfreudig

Achim Schmid, epd-Redakteur, München

Wer dauernd im Spagat steht, kann leicht die Balance verlieren: Diese leidvolle Erfahrung haben Vertreter der Kirchenleitung auf allen Ebenen im Münchner Skandal machen müssen. Dort geriet gerade dieses Verhältnis von Leitung, Kontrolle und geistlichem Amt aus dem Gleichgewicht und zu einem unvorstellbaren Chaos im Kirchengemeindeamt mit anschließender veritabler Kirchenkrise. Diese notwendige Balance zwischen Verkündigung und Verwaltung wollte die Landessynode auf ihrer Frühjahrstagung im oberfränkischen Bad Alexandersbad wieder herstellen. Dem letzten Arbeitstag in der Idylle des beschaulichen Kurortes Bad Alexandersbad war diesem Thema, dem heimlichen Schwerpunkt der Synode,

vorbehalten.

Diese Tagesordnung, die sicherlich aus gutem Grund gewählt war, um eben die Synode arbeitsfähig zu halten, führte zu der wohl kürzesten Pressekonferenz in der Geschichte der Landessynode: Die zahlreich versammelten Journalisten waren offensichtlich einzig und allein auf den Münchner Finanz-Skandal eingestellt, das kirchliche Führungspersonal blieb stumm und verwies unisono auf die vorgesehene Plenums-Debatte am Ende der Tagung. Die Debatte selbst setzte dann eine deutliche Zäsur und geriet angesichts der im Vorfeld teilweise angekündigten General-Abrechnung - wohltuend sachlich. Den Kern des Problems brachten bereits Synodalpräsident und Landesbischof in ihren einleitenden Statements auf den Punkt: Die Vorgänge in München seien eben nicht ein zwar bedauerliches, aber eben nur lokales Ereignis, sondern eine "Angelegenheit, die die ganze Landeskirche berührt", so Synodalpräsident Haack. Die grandiose Misswirtschaft im Kirchengemeindeamt stelle ausserdem, wie der Landesbischof ohne jede diplomatische Ausschmückungen sagte, die grundsätzlichen Fragen nach Kontrolle und Machtausübung innerhalb der Kirche. Dazu erläuterte aus seiner Sicht persönlich authentisch und überzeugend der durch den Münchner Skandal stark in die Kritik geratene Oberkirchenrat Martin Bogdahn, dass er sein Leitungsamt primär als "geistliche Aufgabe in Gottesdienst und Seelsorge" verstanden habe.

Nach den Beiträgen der Oberkirchenräte Böttcher und Bogdahn, die zwar persönliche Versäumnisse eingestanden, gleichzeitig aber auch auf strukturelle Defizite hinwiesen, traten Synode und Kirchenleitung geschlossen die Flucht nach vorne an: Es solle nicht um die Ablösung einzelner Personen gehen, sondern um eine Bündelung der Kräfte, damit zum einen die Krise gelöst, zum anderen aber Strukturen geschaffen werden können, die derartige Bermuda-Dreiecke in kirchlichen Finanzverwaltungen gepaart mit Aufsichts-Löchern verhindern sollen. Eine wichtige Schneise hat dabei bereits der Landesbischof geschlagen: Verwaltung dürfe nicht länger als lästiges Anhängsel in der Amtsführung der Pfarrer angesehen werden, sondern habe einen wichtigen Eigenwert, gerade eben um Seelsorge und Verkündigung effizient und ohne Reibungsverluste zu ermöglichen. Dafür müssen auch einige lieb gewordene Praktiken, wie etwa die Gabenkassen, die in Kirchengemeinden eine Art "Nebenhaushalt" sein können, nüchtern und ohne inhaltliche Überfrachtung (Seelsorge-Geheimnisse !) auf den Prüfstand. Diese überraschend sachliche Behandlung eines Reizthemas ehrt Kirchenleitung und Synode: Einfacher wäre es gewesen, mit Lust und Ausdauer Personaldebatten zu führen und die Strukturen beim Alten zu lassen. Auch des Abwehr-Reflexes, die Überbringer der schlechten Nachrichten, wie etwa die Presse und Agentur-Dienste, für die Misere zu prügeln, hat sich die Synode enthalten.

Mit dieser Behandlung des Problems kommt die Kirche einem elementaren Bedürfnis gerade der Ehrenamtlichen entgegen: Wenn, wie in München, eine ehrenamtlich tätige Leiterin einer Mutter-Kind-Gruppe, die es in einem dezidiert säkularen Umfeld ohnehin schwer genug hat, akribisch die Teilnehmer-Beiträge abrechnet und negative Differenzen in der Kasse aus eigener Tasche ausgleicht, hat eben diese Ehrenamtliche überhaupt kein Verständnis, dass die "Profis" in der Kirchenverwaltung in mühevoller Kleinarbeit auf irgendwelchen Konten und Buchungs-Unterlagen Millionen aufspüren müssen, um sie dann nach Jahren - ordnungsgemäss verbuchen zu können. Und für irgendwelche, selbst nach bestem Wissen und Gewissen angelegten und geführten "schwarzen Kassen" ist in überhaupt keinem demokratisch verorteten System Platz - nicht in der Politik und noch viel weniger in der Kirche.

Die nächste Zukunft wird nun zeigen müssen, ob die Strukturen wirklich wirkungsvoll geändert werden können, ob den Pfarrern und Dekanen einsichtig wird, dass ein effizientes Kontroll-System eben nicht eine Beschneidung der eigenen Gestaltungs-Möglichkeiten, sondern eine Entlastung sein kann. In einer Zeit, in der sich Berufsbilder immer stärker ausdifferenzieren, ist wohl auch die Zeit für einen Generalisten im Pfarrhaus vorbei, der predigt, singt, unterrichtet, seelsorgerlich betreut, rechnet, baut, führt, verwaltet ...

Dass zumindest die Synode wieder in Tritt gekommen ist, bewies die Bad Alexandersbader Tagung: Nach dem Entscheidungsstau in Weiden wurde jetzt zügig verabschiedet und beschlossen und etliche Altlasten (Kirchenmusikschule, Predigergesetz) wurden entschlossen zur Seite geräumt. Zu dieser dichten Arbeitsatmosphäre mag auch die räumliche Situation in der komfortablen Heimvolkshochschule beigetragen haben: Die Synodale wohnten zusammen, assen zusammen, tagten zusammen und spielten auf einem etwas bizarr geratenen bunten Abend sogar zusammen Theater. Der nächste Akt im Synoden-Theater wird im Herbst in Rothenburg gegeben? hoffentlich genauso effizient, erfolgreich und entschlossenfreudig.

Achim Schmid, epd-Redakteur, München

[TOP](#)

Konservative Revolution

Günter Unger, Pfarrer in München

Eine Vorbemerkung

Explizite Ekklesiologie dürfte weder im initiativen Angebot und Anschlag von McKinsey enthalten gewesen sein, noch die Überlegungen der weiterplanenden kirchlichen Kommission primär bestimmt haben. Ohne langfristige Wirkungsbeobachtung und angesichts der Veröffentlichung der Entwürfe in nicht unparteiischem Kleinschrifttum bleibt trotz der Klage von Andreas Grabenstein über eine "Hermeneutik des Verdachts" (D/4) derzeit keine Alternative zum "Vermuten".

Mit Dietrich Neuhaus (K) sehe ich im eMp eine "fundamentalistische Revolution von oben"

am Werk. In Umkehrung des normalen Revolutionsverlaufs eines emanzipatorischen Aufbegehrens der Unteren gegen auf Herrschaft beharrende Obere initiieren diesmal höchste und mittelhohe kirchenleitende Ebenen weitreichende Veränderungen, nicht aus geistlichem Innovationsinteresse heraus, sondern zum Zweck des besseren Sparens, Rationalisierens im betriebswirtschaftlichen Sinne, Kontrollierens und Einflussnehmens und vor allem - bewahrens. Daher ist diese Revolution konservativ. Visionär ausgemalte spätere Früchte der Strukturerneuerung wirken gegenüber diesem primären Interesse wie eine Rationalisierung im psychologischen Sinne. Ohne solche Motivaffinität in der Genese des eMp hätte sich die originäre Resonanz zwischen Kirchenleitung und professionellen Unternehmensberatern auch nicht wie geschehen eingestellt. So betrachtet, zeigt sich im eMp das Kirchenbild von Konsistorialräten, die das Instrumentarium von Wirtschaftsbossen kennengelernt haben und begierig wurden, es anzuwenden.

Dem "Machtkampf der Kirchenverwaltungen, die leiten und steuern wollen, gegen die dezentralen und relativ autonomen kirchlichen Teilbereiche" incl. der Ortsgemeinden (K 68) entsprechen die militärische Terminologie im Begriff der "Stabsstellen" (C 4), die dankbare Inanspruchnahme einer als "knallhart" bekannten Unternehmensberatungsgesellschaft (C 2), das dem eMp innewohnende vordemokratische (und unbiblische) Verständnis von "Führung" der Einzelgemeinde durch übergeordnete Kircheninstanzen statt eines gegenseitig existenzermöglichenden Miteinanders (C 4), die lange Zeit mit dem Stempel der Vertraulichkeit geführte Planung am betroffenen "Personal" vorbei, wie das angesichts der Ursprungsgeschichte des Protestantismus seltsam betont eingeforderte "Ja" zur Kirche als Organisation, welches geeignet ist, den geistigen Blick auf das essentielle "Trans-" hinter jeder Kirchengestalt zu verdecken.

Tragender Grund, Schatz und Legitimation der Kirche ist das Evangelium.

Die den Kern des Evangeliums anpeilenden Fragen nach der "Rechtfertigung aus Glauben ohne das Gesetz", dem "gnädigen Gott" und der "Freiheit eines Christenmenschen" sind in der Gegenwart sehr deutlich zu stellen und zu beantworten in Richtung auf Freiheit von der Leistungs-, Wettbewerbs- und Werbe-Gesellschaft. Ich wage die These, dass die Menschen unserer Zeit wesentlich mehr in diesen Bereichen "erlösungsbedürftig" sind, als es ihnen bewusst ist und als es (methodisch läppische) Anfangsbefragungen nach Assoziationen und Erwartungen gegenüber "der Kirche" erkennen lassen. Wenn die Kirche hier nicht Befreiungsmöglichkeiten andenkt und artikuliert, ja im Gegenteil intern nach Methoden zur Einflussbewahrung greift, welche extern die moderne Unfreiheit der Gesellschaft miterzeugen, riskiert sie die Verfehlung ihres Auftrags und den Verlust eben dieses Einflusses auf die Suchenden (vgl. A, These Va). - Wenn man ferner das Evangelium wie ein "Produkt" anpreist, wird nolens volens der Eindruck mitverbreitet, man vertraue selbst nicht ganz auf dessen Kraft; mitvermittelt wird nicht die Wertschätzung, nach welcher die Empfänger froh sein könnten, es zu hören. Produkt-Management ist geeignet, die Kostbarkeit dessen zu verdecken, was keine Ware ist; wie man es auch nicht empfangen kann, ohne sich zu verändern. Das Evangelium kann nicht beworben, distribuiert, gar produziert werden, ausser dass man es erfahrbar und erlebbar werden lässt. Es gibt keine Marketing-Strategien für den "Schatz im Acker" - nur die, kontinuierlich in täglicher Demut zu pflügen. - So entsteht der Argwohn eines Kirchenbildes einer womöglich nicht mehr primär am Evangelium und den von ihm bewirkten, auch unvorhergesehenen, geistlichen Erfahrungen, sondern am eigenen Fortbestand interessierten Kirche.

Organisations-typologisch (G 150ff) hat die Kirche, je nach örtlichem Erscheinungsbild, die meisten Ähnlichkeiten mit einem Familienbetrieb, einem Verein, einer "Non-Profit-Organisation", einer Bürokratie und einem Netzwerk - die wenigsten aber mit einem Unternehmen. Ausgerechnet einer Unternehmensberatung aber wurde weitgehender Einfluss auf die Neugestaltung kirchlicher Strukturen gegeben. So erscheint das eMp auch als Versuch, einer Organisation, die kein Unternehmen je gewesen ist und auch nicht sein kann, Unternehmensstruktur zu geben. Damit ist die Gefahr mitgesetzt, dass Kirche zu sehr Selbstzweck statt dienende Körperschaft, Theologie zu sehr Betriebs-Lyrik (vgl. C 3) statt Steuerungsinstanz, und Spiritualität entweder zum Luxus oder, dem Selbstzweck vermeintlich dienstbar gemacht, zum Verkaufsschlager wird. "Gottesbegegnungen im Rabatt" (Josuttis) oder auf Bestellung gibt es aber nicht, sie sind allenfalls Lohn einer langen Suche. "Herzstück des eMp ist die Mitarbeiterförderung"(H2/6).

Soll diese in echter Chancenfülle, ohne Abwertung des bisher Geleisteten (B 1) und ohne demotivierende Rollendiffusion erfolgen, muss sie ausserhalb der Vorgesetzten-Untergebenen-Beziehung geschehen. Genau dies ist vom allerersten Ansatz einer Unternehmenssteuerungsphilosophie her nicht gegeben. - Der "Schlüssel zu positiven Veränderungen der Arbeitskultur" liegt "in den oberen Etagen" (I 6) - jedoch so, dass eine Transmissionsdynamik von "Entwicklungs-gesprächen" den Dienstweg nach unten gefahren wird, deren oberste Stufe freilich lautet: "Die Kreisdekane (Generalsuperintendenten) sorgen selbst für ihre Entwicklung..." (I 6). Nicht ausgeräumt ist die Gefahr, dass der "Mitarbeiter", der zu entwickeln ist ["entwickeln" wird hässlich transitiv gebraucht], zerrieben wird zwischen den Vorstellungen des Vorgesetzten und den Wünschen und Problemen der Basis, denn es soll ja zugleich die kirchliche Arbeit mehr von Vision und Zielen der Gemeinde gesteuert werden als von den Vorlieben und Wünschen des "Mitarbeiters" (J 154). Auch kann und wird zwischen diese Schere abermals das Theologische geraten, denn weder denkt jede Gemeinde, noch jeder Vorgesetzte primär theologisch - wie soll es dann in concreto der "Mitarbeiter" leisten, der gerade dazu per Ordination, die nicht auf Marketing lautete, verpflichtet wäre? Um ferner einem Menschen zu dessen Entwicklung zu verhelfen, bedarf es hoher psychagogischer Kompetenz, die zumal im generell anspruchsvollen geistig/geistlichen Milieu der kirchlichen Arbeitsfelder nicht von einem Mitarbeiterfortbildungstraining nach

Art der Personaletagen der Wirtschaft vermittelt werden kann. - Der Blick auf solche Schwierigkeiten lässt zusammen mit der Sicht des Ganzen als "Revolution von oben" die Sorge zu, das eMp werde die Mitarbeiterschaft tendenziell trennen - sofern man die starken Begriffe abgeschwächt verwenden darf - in die Kategorien Kollaboration und Résistance. Ein Teil der Solidarität, die trotz aller existierenden Lager in der Kirche herrscht, könnte verloren gehen durch eine neu gezogene Front zwischen theologischem Denken und Managementmentalität.

Das eMp scheint, eher aus anderen Interessenprioritäten denn aus Absicht, einige im Konsens anerkannte biblische und reformatorische Merkmale und theologisch wie logisch wichtige Aspekte von Kirche und Gemeinde in Frage zu stellen: es vermittelt eher den Eindruck einer Kirchensteuerung aus der "Feldherrenhügelperspektive" (A, These IIc) als dass es transparent wäre für das Allgemeine Priestertum; es nimmt sich vor, alle gemeindlichen Veranstaltungen von einer Datenbasis aus zu steuern (H 4/6) und muss sich fragen lassen, wo der Ort des Prophetischen, ungeplant Kreativen, spontan Geistgewirkten ist; es macht womöglich Fehlgeschlagenes per nochmaligem Datendurchlauf im Folgejahr zu dennoch Anzustrebendem (H 4/6) und könnte versucht sein, die Realität der unternehmerischen Planung anzupassen; es betont weniger die dienend engagierte "episkopê" als vielmehr ein seiner Tendenz nach herrschendes coaching und controlling; es fördert die Illusion, den Glauben ohne gelebte Nachfolge Jesu als Produkt auf den Markt bringen zu können und vor allem: es blendet Aspekte der Kreuzestheologie aus und hat weder ein Sensorium noch ein Instrumentarium dafür, "dass Jesus sich selbst zu den Unscheinbaren, Ausgestossenen und Unterdrückten bekannte und so diese kommende Herrschaft Gottes als befreiende Macht einer vorbehaltlosen Liebe kund tat" (Christof Bäumler in E 2). Zu fragen ist: Wie kann Kirche Anwalt der Schwachen sein, wenn sie sich der Sprache, der Ideologie, der Methoden und des Bewusstseins der Starken bedient (A, Einleitung)? Wie vermittelt die Kirche bei so viel Erfolgsorientierung Wahrheiten, die zunächst als unangenehm empfunden, präziser, die "abgewehrt" werden? Wie geht sie mit dem Umstand um, dass das Evangelium nie unverdorben auf dem Wege strategischer Durchsetzung zu den Menschen gebracht wurde? So unvermeidlich diese Fragen angesichts der Vorgaben aus einem Wirtschaftsberatungsunternehmen sind, von dem gesagt wird "Wer drin ist, muss ständig beweisen, dass er es verdient. Alle vier bis sechs Monate werden die Leistungen der Berater in einem Zeugnis bewertet. Es herrscht Karrierezwang. Wer die nächste Stufe nicht schafft, fliegt raus. Up or out. Härter wird nirgendwo gesiebt" (F 10), so wenig wäre es verwunderlich, wenn dieses Beratungsunternehmen nicht versucht hätte, seine Erfolgsphilosophie in die Kirche einzuspeisen. Dort aber verhindert diese Philosophie auch, die Lehren aus den gewaltigen erfolgreichen Umstrukturierungen der Reformationszeit zu ziehen: äussere Gestalt und neue Ordnungen der Kirche wurden in der Reformationszeit in atemberaubender Schnelle und Dichte aus neuen Glaubenseinsichten entwickelt, das eMp aber sieht solche nicht vor, sondern entwickelt, im Gegensatz zur paulinischen Mahnung "Gestaltet euch nicht dieser Welt gleich" (Röm 12, 2) innovative Strukturimpulse aus der betriebswirtschaftlichen Analogsetzung von Kirche und Unternehmen.

So formt sich das Bild einer Kirche, in der die Vorstellung vom mehrdimensionalen "Leib" ersetzt wird durch die einer eindimensionalen strikten Führungslinie von oben nach unten, auf welcher Rückmeldungen von unten nach oben hauptsächlich nur dann gefragt sind, wenn sie der Bedarfserhebung oder der Erfolgskontrolle dienen. Alle Aussagen über eine erwartete innerdienstliche Kommunikationsverbesserung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier die Gefahr einer wesentlichen Kommunikationsverengung, ja -zerstörung für die Gemeinschaft der "Glieder des Leibes" droht. Wenn der Umgang der Menschen in der Kirche miteinander aber weniger vom Evangelium her bestimmt wird, sondern gleichsam primär von Unternehmensphilosophie, um sekundär das Evangelium besser als Produkt zu verkaufen, kann - hart ausgedrückt - die Sorge vor aufgezwungenen häretischen Strukturen noch nicht als

ausgeräumt gelten. - Der markante Satz von Hans Löhr "Das eMp ist kein betriebswirtschaftliches Programm für Kirche und Gemeinden zur allgemeinen Effizienzsteigerung, sondern zuerst eine geistliche Aufgabe" (I 3) erscheint als reine Propaganda.

A: Evangelium hören. Wider die Ökonomisierung der Kirche und die Praxisferne der Kirchenorganisation. Ein theologischer Ruf zur Erneuerung; epd-Dokumentation 4/1999; 2. gedruckte Aufl. Nürnberg 1999

B: Das evangelische München-Programm. Versuch einer Zwischenbilanz. Papier der ötv 1998

C: Das "Evangelische München-Programm" von McKinsey in der Kritik. Ein Diskussionsbeitrag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Bayern, Abteilung Kirchen; Papier vom 3.2.97

D: Grabenstein, Andreas: Evangelium im Leben von Menschen wahrnehmen, in: Reform der kirchlichen Arbeit - aber wie?, epd-Dokumentation 5/1999

E: Kirche in der Grossstadt - Evangelische Kirche in München - Kirche in der Diaspora; Papier des Theologischen Ausschusses der Dekanatssy-node München 1996

F: Kurbjuweit, Dirk: Die Propheten der Effizienz. Ein Firmenportrait von D.K., in: DIE ZEIT v. 12.1.96, S. 9-11 (Dossier)

G: Lindner, Herbert: Kirche am Ort. Eine Gemeintheorie; Stuttgart/Berlin/Köln 1994

H: Löhr, Hans: Das Evangelische Münchenprogramm eMp; Papier 1999

I: Löhr, Hans: Die Zukunft gestalten. Drei Jahre McKinsey und das Evangelische Münchenprogramm eMp; Papier 1999

J: Minkus, Johannes: McKinsey und die Folgen. Korrespondenzblatt, hg. vom Pfarrer- und Pfarrerrinnenverein in der ELKiB 11/97, 153-154

K: Neuhaus, Dietrich: Eine polemische Analyse. Wider den Fundamentalismus der Organisationsberatung in der Kirche, in: Deutsches Pfarrerblatt 2/1999, S. 67-68

Die im Text stehenden Ziffern beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf Seitenzahlen.

Die vorstehenden Ausführungen sind ein für die Pfarrkonferenz München-Süd am 15.11.99 erbetener Kurzbeitrag.

Günter Unger, Pfarrer in München

[TOP](#)

E-Mail

Johannes Taig, Pfarrer in Hof, Internetbeauftragter im Dekanat Hof

Im Amtsblatt Nr 3/2000 war das Angebot zu finden, Internet-Adressen an das Landeskirchenamt zu melden. Die beigegebenen und im folgenden Brief kritisierten Regeln verkennen m.E., welche Bedeutung für unsere Kirche die dienstlich genutzten Privatcomputer haben (auch dieses Blatt entsteht auf einem solchen). Entsprechend "privat" sind die e-Mail Adressen (übrigens auch die des Dekanats Markt Einersheim oder dieses Blattes). Unsere Kirche spart auf diese Art viel Geld - was sie aber offenbar nicht weiss (oder nicht schätzt). (mo)

Sehr geehrter Herr Wichert,

In Sachen Emailadresse der Pfarrer habe ich mich an den Pfarrerverein gewandt, da ich die oben genannte Bekanntgabe im Amtsblatt für problematisch halte.

Nach dieser Bekanntgabe werden Emailadressen nur dann veröffentlicht, wenn die Amtsbezeichnung darin vorkommt. Ich habe bereits geschrieben, dass ich meine Adresse

nicht ändern werde. Ich halte das für einen Eingriff in meine Persönlichkeitsrechte. Ich muss ja auch nicht auf jedem Privatbrief die Amtsbezeichnung im Absender führen. Die Forderung aus München kommt aber einem solchen Zwang gleich.

Für Besitzer einer eigenen Domain ist die Forderung unproblematisch, da die Emailadresse frei änderbar ist, wenn nur der Domainname stimmt, z.B. irgendwas@xy.de. Für T-Onlinekunden sieht das anders aus. Wir müssten unsere Aliasregistrierung ändern und allen, denen unsere Adresse bereits bekannt ist, die neue Adresse mitteilen, sonst kommt die Mail nicht mehr an. Für den, der schon 5 Jahre eine solche Adresse hat, ist das eine Sysiphosarbeit. Durch diese Anordnung werden jetzt mit Nichtveröffentlichung die bestraft, die auf dem Gebiet Pioniere waren und sind. Ihre Adresse wird nicht veröffentlicht und das erhöht auch nicht den Informationswert des Personalstands.

Ausserdem will mir nicht einleuchten, dass eine Emailadresse im Personalstand unter all den anderen Angaben zu Kirche und Pfarrstelle als "privat" missverstanden werden könnte. Selbst wenn ich die Pfarrstelle wechseln würde, würde meine elektronische Post sofort wieder an meiner neuen Pfarrstellen ankommen. Anders als die Telefonnummer würde ich meine alte Emailadresse auch dann nicht auf einer Pfarrstelle zurücklassen, wenn die Amtsbezeichnung darin vorkommt.

Ich halte die Anordnung deshalb für hinderlich und überflüssig und hoffe, dass das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen ist. Sollte das dennoch so sein, dann gehe ich davon aus, dass das Landeskirchenamt seine E-mailadressen sofort ändert, da die Amtsbezeichnungen darin genausowenig vorkommen, sie also der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 3/2000 nicht entsprechen und gleiches Recht für alle gelten muss.

Johannes Taig, Pfarrer in Hof, Internetbeauftragter im Dekanat Hof

[TOP](#)
